Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 263 — Halle, Mittwoch, den 9. Juni 1920. — Einzelpreis 30 Pfg.

Vorwärts!

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken,
Weibisches Zagen,
Aengstliches Klagen,
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht frei.

Nein, der Ausgang des Wahlkampfes ist alles eher als erfreulich, berechtigt zu mancher Sorge über die Entwicklung im Innern wie nach außen und hat namentlich der Deutschen demokratischen Partei schwere und schmerzliche Verluste bereitet. Aber gilt es darum, die Flinte ins Korn zu werfen, an der eigenen Zukunft zu zweifeln oder zu verzweifeln und in Sack und Asche zu trauern? Mit nichten; am Tage nach der Schlacht hat die Vorbereitung auf die nächste Schlacht zu beginnen; noch stehen wir nicht am Ende aller Dinge; es kommen neue Abstimmungen, neue Entscheidungen, und verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt.

Ufreilich, wer wüßte es nicht, daß die Volksgunst wandelbar ist! Die Frommen im Lande sprachen von dem Hasianna, auf das schnell genug das Kreuzige folgte; die Kinder der Welt wiesen schon im Altertum auf die Veränderlichkeit der aura popularis, der Massenseele, hin, und welche Partei im Laufe der Zeit hätte Fortunas Treulosigkeit nicht erfahren? Die Sieger von heute, die Deutsche Volkspartei zumal, könnten davon erzählen, wenn nicht Vergessenheit über sie gekommen ist.

Die Sieger von heute! Ob sie ihres Triumphes lange froh sein werden, muß die Zukunft lehren; vielleicht wird ihnen nur zu schnell bei ihrer Gottähnlichkeit bange werden. Die Besiegten des 6. Juni aber, die Demokraten, die nach dem jubelnden Zeugnis ihrer Gegner vernichtet und zerschmettert sein sollen, blicken mit Ruhe in die Vergangenheit, mit Zuversicht vorwärts; sie haben eine Anzahl Mandate eingebüßt, haben einen empfindlichen Stimmenrückgang zu verzeichnen; aber ihre Ehre ist unverletzt, ihre Ueberzeugung unverkümmert, und sie haben das Bewußtsein, für eine gute Sache gekämpft zu haben mit guten und reinen Waffen. Waldeck, der große Führer der Demokratie, unvergeßlichen Andenkens, hat einst gesprochen: „Die Ueberzeugung ist die Kraft des Mannes, der feste Wille sein Schild, das tüchtige Wort sein Schwert, die Gleichgültigkeit gegen den Erfolg die sicherste Garantie der Wirksamkeit."

Der Erfolg, der Augenblickserfolg, ist bei den Gegnern rechts und links gewesen. Bei denen rechts, weil ungezählte verängstigte Gemüter sich von dem Frontwechsel einen starken Schutz gegen rote Gewalttätigkeiten, gegen neue Lohnerhöhungen, gegen unduldsame Mitregiererei in Staat und Wirtschaft, gegen unerträglichen Steuerdruck erhofften. Bei denen von links, weil der Staatsstreich der Kapp und Lüttwitz nach mancherlei andern militaristischen Vorläufern dem Radikalismus den Wind in die Segel trieb. Rechts und links aber war man einig in dem Verdikt über die Koalition, die sich unter den schwierigsten Verhältnissen bemüht hat, nach einem heillosen Zusammenbruch inmitten des Trümmerhaufens den Boden für den Wiederaufbau zu ebnen. Daß sie Fehler gemacht hat, mindert ihr Verdienst nicht. Wer an ihrer Stelle wäre Fehlern, vielleicht viel schwereren, entgangen? Doch die Koalition regierte — also ward über sie der Stab gebrochen.

Keine Partei aber war dermaßen wütenden Anstürmen ausgesetzt wie die demokratische. Die niedrigsten Instinkte wurden gegen sie aufgepeitscht, die gehässigsten Flugblätter gegen sie geschleudert, und die öffentliche Meinung wurde durch Massenaufkauf von Zeitungen in einer Weise gefälscht, wie man derlei bisher in Deutschland, in Europa, vielleicht selbst in Amerika nicht erfahren hatte. Denn das Geld ist nur Chimäre — für die Gegner; mit ihnen zu wetteifern, bei den gegenwärtigen Kosten für Papier, Druck, Inserate, Porto, Löhne, war der Deutschen demokratischen Partei nicht vergönnt. Ergo: das Treibholz trieb nach rechts — für wie lange?

Denn die Welt ist rund und muß sich drehen. Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung und die zum neuen Reichstag ein gründlich verschiedenes Aussehen zeigen, weshalb sollte bei weiteren Wahlen ein abermaliger Umschlag der Stimmen ausgeschlossen sein? Noch sind die Folgen der veränderten Lage nicht abzusehen. Undenkbar ist es nicht, daß Zustände eintreten, die zu einer Auflösung des Reichstages führen. Aber auch wenn er dereinst eines natürlichen Todes stirbt: Wahlen stehen bevor in den Gebieten, die am 6. Juni feiern mußten, Wahlen zu den Landtagen in Preußen und einzelnen anderen Staaten, die Wahl des Reichspräsidenten; dann werden sich die Kräfte abermals messen. Und zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.

Darum gilt es für die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei, dem Siegesgeschrei der Gegner kaltblütige Entschlossenheit entgegenzustellen, die Entschlossenheit, mit neuer Kraft zu neuem Kampf zu rüsten. Werbt für die Partei, schließt ihre Reihen, füllt ihre Kriegskasse und beherzigt das gute Mahnwort des Dichters:

Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen
Rufet die Arme der Götter herbei.

Das Endergebnis der Wahlen.

WTB. Berlin, 8. Juni. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die

Deutschdemokratische Partei 2 152 509,
Deutsche Volkspartei 3 456 131,
Deutschnationale Volkspartei 3 638 851,
Sozialdemokratische Partei 5 531 157,
Unabhängige sozialdemokratische Partei 4 804 862,
Zentrum 3 500 800,
Christlich föderalistische Liste (Bayr. Vpt., Christl. Vpt.) 1 254 963,
Kommunisten 488 199,
Deutsch-Hannov. Partei 318 104.

Auf Grund dieses Stimmverhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Restsitimmen auf die verbundenen Wahlkreise und Reichsliste 418 Abgeordnete gewählt, und zwar:

36 Deutschdemokratische Partei,
59 Deutsche Volkspartei,
61 Deutschnationale Volkspartei,
92 Sozialdemokratische Partei,
80 Unabhängige,
58 Zentrum,
21 Christlich föderalistische Liste.
5 Deutsch-Hannov. Partei,
4 Bayerischer Bauernbund,
2 Kommunisten,

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Demokraten	45
Deutsche Volkspartei	61
Deutschnationale Volkspartei	65
Sozialdemokratische Partei	110
Unabhängige Sozialdemokraten	80
Zentrum	67
Christlich föderalistische Liste	21
Deutsch-Hannov. Partei	5
Bayerischer Bauernbund	4
Kommunisten	2

Nach diesen Zahlen ergibt sich folgende Gruppierung:
Die bisherigen Koalitionsparteien erhalten zusammen 222 Mandate;
die sozialistischen Parteien einschl. der Kommunisten zusammen 192 Mandate;
ein aus den nichtsozialistischen Parteien gebildeter Block einschl. der Demokraten 268 Mandate.

Das Ausland und die deutschen Wahlen.

Paris, 9. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Pariser Blätter" veröffentlichen die ersten Meldungen über die deutschen Wahlergebnisse, ohne jedoch kritisch Stellung zu nehmen. Nur das „Echo de Paris" bringt bereits eine kurze Würdigung und schreibt, auf jeden Fall sei die Niederlage der Koalition unzweifelhaft. In Deutschland ist kein Platz für eine Regierung der Ordnung und der Demokratie, an die man uns seit dem Waffenstillstand so hartnäckig Glauben machen will. Alle Einsichtigen seien sich darüber vollkommen im Klaren. Die große Frage sei jetzt die, zu wissen, ob die neue deutsche Republik in einer militärischen oder in einer kommunistischen Diktatur endigen will. In Frankreich achte man besonders auf die politischen Gefahren. In England, wo man besonders den wirtschaftlichen und den sozialen Gefahren Interesse entgegenbringt, glaubt man, daß der deutsche Militarismus endgültig vernichtet sei, und daß es nur noch notwendig wäre, Deutschland vor der Anarchie zu retten. Der Eindruck der Wahlresultate zeigt, daß die Befürchtungen, die von unserer Seite geäußert wurden, die richtigen waren. Die reaktionären Parteien bleiben allzu mächtig in Deutschland, so daß es nicht möglich sein wird, die von den Alliierten ursprünglich aufgestellte Forderung auf Beschränkung der deutschen Wehrmacht durchzusetzen. Der Grund, der von der deutschen Regierung für die Notwendigkeit eines Heeres von 200 000 Mann angegeben wurde, bestand darin, daß eine solche Truppenmacht notwendig sei, um den Drohungen der Kommunisten zu begegnen, es scheint jedoch, daß ihre Aufgabe darin besteht, die Drohungen der Reaktion zu unterstützen. Von sozialistischer Seite bringt vorläufig das linkssozialistische Organ „Populaire" eine Besprechung aus der Feder Longuets, die die Niederlage der Mehrheitssozialisten betont und das Schicksal des Internationalen Sozialismus nunmehr zu einem großen Teil in die Hände der Unabhängigen legen will. Das Ergebnis, das die Kommunisten erzielten, sei so gut wie wertlos.

Haußmann gegen „Spartakisten und Philister".

Ueber das Wahlergebnis schreibt der demokratische Abgeordnete Conrad Haußmann: Jetzt beginnt ein neuer Akt des deutschen Dramas. Die Extremen haben uns mit Hilfe der Spartakisten und Philister, der Bauern und Akademiker in eine neue Aera der Parteizersplitterung getrieben, die mangels einer starken Mehrheit jede Regierungsbildung erschwert. Das Reichsministerium wird zurücktreten. Die Kabinettsbildung wird politisch und persönlich Schwierigkeiten machen, und wir werden sehr schnell nach innen und nach außen, schon vor Spa, ein Spiegelbild der Verwirrung erblicken, die aus einer Wahl hervorgeht, in welcher der Apell an die Instinkte und Vorurteile einen größeren Spielraum hatte als der politische Weitblick.

Eine Unterredung mit dem badischen Staatspräsidenten.

Der badische Staatspräsident Geiß empfing gestern vormittag nach einer Sitzung des gesamten badischen Kabinetts den Karlsruher Mitarbeiter des „Dammert-Verlages" zu einer Unterredung, in der die in Baden geschaffene Lage zur Sprache kam. Der Präsident betonte, daß er sich mit seiner persönlichen Ansicht in voller Uebereinstimmung mit dem gesamten Kabinett befinde und es daher im gegenwärtigen Moment kaum zulässig sei, in die Oeffentlichkeit hinauszutreten. Ohne allen Zweifel sei die Lage äußerst kritisch, wenn auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wäre, daß sich trotz aller entgegentretenden Schwierigkeiten eine immerhin noch leidlich befriedigende Lösung finden lassen werde. Ein gegenwärtiger Umsturz wäre noch wesentlich schwerwiegender und gefährlicher als der des Jahres 1918. Wenn die Wahlen in Baden auch eine Zweidrittelmehrheit für die Koalitionsparteien ergeben hätten, so würden die Ergebnisse im Reiche natürlich auch in Baden von einer wesentlichen Rückwirkung sein. Ueber einen eventuell bevorstehenden Kabinettswechsel sprach der Staatspräsident sich nicht aus. Dagegen betonte er ausdrücklich, daß für eine Auflösung des gegenwärtigen Landtages und für Neuwahlen in Baden bisher Stimmen noch nicht laut geworden seien. Selbstverständlich könnten bei der gegebenen Lage dahingehende Anträge jeden Tag einlaufen, und man werde dann zu prüfen haben, inwieweit diese Anträge eine solche Mehrheit hinter sich haben, daß sie ernstlich in Betracht zu ziehen seien. Die Durchführung würde allerdings auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen. Erstens müsse der Antrag zur Herbeiführung einer Volksabstimmung nach der Verfassung von mindestens 80 000 Personen gestellt werden, und zweitens müsse, selbst wenn es gelingt, diese 80 000 Antragsteller aufzubringen, bei der Volksabstimmung eine Zweidrittelmehrheit der Gesamtwählerschaft in Baden für Auflösung des Landtages stimmen. Es sei kaum möglich, ja so gut wie ausgeschlossen, daß sich eine Zweidrittelmehrheit in Baden finden lassen würde. So könnte man eine Auflösung des Landtages gegenwärtig kaum in Betracht ziehen.

Die Schleswigsche Grenzfrage.

WTB. Kiel, 9. Juni. Der Schleswig-Holsteinische Provinziallandtag hat einstimmig dem von der Entente eingereichten Vertragsentwurf die Zustimmung verweigert und von der Regierung verlangt, ihn unter allen Umständen abzulehnen und sich zur Erfüllung der Forderungen der Entente nur soweit bereit zu erklären, als sie den Bedingungen des Versailler Friedens entsprechen.

Die Konferenz in Spa.

Hamburg, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Brüssel wird dem „Hamburger Fremdenblatt" nunmehr bestätigt, daß Millerand dem Vorschlag der Eröffnung der Zusammenkunft am 5. Juli zugestimmt habe. Die Vorkonferenz der verbündeten Ministerpräsidenten soll in Brüssel am 2., 3. und 4. Juli stattfinden. Die Interalliierte Finanzkonferenz soll frühestens am 25. Juli zusammentreten.

Entlassungsgesuch des Regierungspräsidenten von Königsberg.

Der Regierungspräsident von Königsberg, v. Oppen, der bis zur Besetzung des Abstimmungsgebietes in gleicher Eigenschaft in Allenstein tätig war und mit den dortigen Verhältnissen genau vertraut ist, ist plötzlich um seine Entlassung eingekommen. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei, der Herr v. Oppen angehört, hat an den demokratischen Oberpräsidenten die Anfrage gerichtet, ob dieser Antrag v. Oppens auf einen höheren Orts ausgeübten Druck zurückzuführen ist und welches die Gründe für die Beseitigung des Herrn v. Oppen sind.

Angriff auf das Konsulat in Täbris.

H. N. **London**, 8. Juni. Aus Täbris wird von Reuter gemeldet, daß das dortige deutsche Konsulat von Anhängern der persischen Demokratie am 4. Juni belagert wurde. Es wurde die Auslieferung verschiedener dort verborgen gehaltener persischer Bolschewisten verlangt. Der Konsul ließ aus einem Maschinengewehr auf die Menge schießen, worauf diese das Feuer erwiderte und in das Konsulat eindrang. Es stellte sich heraus, daß der Konsul inzwischen Selbstmord verübt hatte.

Wie die „Deutsch-Persische Gesellschaft" dazu mitteilt, hatte der deutsche Konsul Mustrow aus Gründen der Menschlichkeit eine Anzahl Flüchtlinge ins deutsche Konsulat aufgenommen und ihnen das in Persien übliche Asylrecht der fremden Vertretungen zuteil werden lassen. Die persische Regierung verlangte im Widerspruch zu Völkerrecht und Herkommen die Herausgabe der Flüchtlinge. Der Konsul weigerte sich standhaft, die ins deutsche Konsulat geflüchteten Personen ihren Verfolgern auszuliefern. Diese haben darauf unter Verletzung der den Konsulaten in Persien zustehenden Exterritorialität das Konsulatsgrundstück von Bewaffneten umzingeln lassen, die die Flüchtlinge mit Gewalt herausholen wollten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200609037/fragment/page=0001

Deutsches Reich.

Die neue demokratische Fraktion im Reichstag wird sich nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen, die sich durch die Berechnungen der Verbands- und der Reichswahllisten um einige Abgeordnete verschieben können, aus folgenden Abgeordneten zusammensetzen: v. Siemens, Dernburg, Pachnicke, Gothein, Kopsch, Schiffer, Delius, Petersen, Koch, Korell, Erkelenz, Hamm, Külz, Göz, Brodauf, Haußmann, Bahr, Wieland, Dietrich, Haas, Frau Brönner, Siehr, Bartschat, Weinhausen, Pohlmann, Waldstein, Blunck, Frau Baum, Johannsen, Frau Bäumer, Böhme, Ziegler, Schücking, Weiß, Geßler, Fischer, Keinath, Schuldt, Fick, Liese.

Dr. Zöphel und die Leipziger Demokraten. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung nimmt in einem Schreiben an das „Leipziger Tageblatt" gegen den bisherigen Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses, Dr. Zöphel, Stellung. Nachdem Dr. Zöphel nicht als Reichstagskandidat aufgestellt worden war, legte er sein Amt als Vorsitzender und Vorstandsmitglied der Leipziger demokrat. Partei nieder, erklärte aber ausdrücklich, daß er Gewicht darauf lege, weiter im Vorstand und im geschäftsführenden Ausschuß zu bleiben und an maßgebender Stelle mitzuarbeiten. Nun brachte die „Frkf. Ztg." am 30. Mai einen Aufsatz, der sich mit Zöphel befaßt, dem aber die Leipziger Partei durchaus fernstand. Darauf erschien nun gerade am 6. Juni, dem Tage der Wahl, in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" eine Erwiderung von Zöphel. Diese Erwiderung enthält, wie der geschäftsführende Ausschuß behauptet, die hinreichend deutliche Aufforderung an die Demokraten, sich Dr. Zöphel anzuschließen und die Liste Götz-Schneider nicht zu wählen. Der geschäftsführende Ausschuß verurteilt dieses Verfahren und führt weiter aus: „Bei uns herrscht starke Entrüstung sowohl bei denen, die für seine Kandidatur eintreten, und das waren nicht nur ehemalige Nationalliberale, sondern auch bei denen, die nicht für ihn stimmten, und das waren nicht nur ehemalige Fortschrittler. Keinem von ihnen kann ein weiteres Zusammenarbeiten mit Herrn Dr. Zöphel zugemutet werden, wollte er doch durch die Veröffentlichung gerade am Tage der Wahl eine rechtzeitige Erwiderung unmöglich machen und der Leipziger Partei schaden. Politischer Takt und Verantwortungsgefühl hätten ihm das verbieten müssen."

Das Ergebnis der Landtagswahl in Anhalt ist nach der vorläufigen amtlichen Feststellung folgendes: Abgegeben wurden im ganzen 172 050 gültige Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei 31 430, auf die der Deutsch-Demokratischen Partei 26 957, auf die der Deutschnationalen Volkspartei 28 990, auf die der Sozialdemokratischen Partei Anhalts 61 552. Nach diesem Stimmenverhältnis entfallen an die Mehrheitssozialisten 13 Mandate, gewählt wären demnach die Herren Peus, Deist, Voigt, Günther, Paulick, Sommer, Arzberger, Trautewein, Stahmann, Röder, Jeute, Ohland, Linke; 6 Mandate an die Deutsch-Demokraten, gewählt die Herren Hesse, Dr. Beyer, Dr. Schwarze, Paul Fiedler, Dr. Cohn und Stöbe; 6 Mandate an die Deutsche Volkspartei, gewählt die Herren Dr. Georgs, Hümmelgen, Baumgarten, Müller, Sturme, Karius; 5 Mandate an die Deutschnationale Volkspartei, gewählt die Herren Pörsch, Jänisch, Dr. Heine, Jericke, Pohle; 6 Mandate an die Unabhängigen Sozialdemokraten, gewählt die Herren Böttge, Stelzer, Theuerjahr, Schüler, Pultz, Tennert. Es werden demnach im Anhaltischen Landtag 19 Sozialdemokraten 17 Bürgerlichen gegenüberstehen.

Die „Wehrkammer". Bekanntlich beabsichtigt der Reichspräsident, den Vertretern der Wehrmacht in der Wehrkammer eine besondere Vertretung zuzubilligen. Die Verordnung über diese ist jetzt vom Präsidenten vollzogen worden.

Das neue Jugendgerichtsgesetz. Eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages dürfte die Schaffung eines neuen Jugendgerichtsgesetzes sein. Die Kriminalität der Jugend ist nach dem Kriege in erschreckendem Maße gestiegen. Es dürfte nicht nur in Deutschland, sondern in fast ganz Europa eine der Kriegsfolgen sein, die den Volkserzieher wie den Politikern zu den schwersten Bedenken Anlaß geben muß. Mit Recht hat einer der bekanntesten Fachmänner auf dem Gebiete des Jugendschutzes, der Kieler Landgerichtsrat Bovensiepen, kürzlich in der „Soz. Praxis" die Behauptung aufgestellt, daß die sittliche Verwahrlosung der deutschen Kinder und Jugendlichen unter den Einwirkungen des entsetzlichen Schlammbades, das der Krieg über das deutsche Volk ergossen hat, einfach erschreckend groß geworden ist und die schlimmsten Erwartungen übertrifft. In der Tat muß man sagen, daß diejenigen, die einst den Krieg ein moralisches Stahlbad der Nation nannten, sich ebenso gründlich getäuscht haben wie die falschen U-Boot-Propheten und die Amerikaverächter. Die Zahl der bestraften Jugendlichen ist von 55 000 im Jahre 1912 auf 172 000 im Jahre 1919 gestiegen. In Preußen allein mußten im Jahre 1919 nicht weniger als 21 480 Jugendliche in Fürsorge gebracht werden gegenüber etwa 9000 im Jahre 1914. Dabei ist zu berücksichtigen, daß heute sowohl in bezug auf die Bestrafungen wie auf die Fürsorgeerziehung viel milder und nachsichtiger verfahren wird als in normalen Zeiten. Diese gefahrdrohende Erscheinung, die an dem edelsten Teil unseres Volkskörpers zehrt und die Zukunft der Nation mehr als alles andere gefährdet, erfordert ein schnelles Eingreifen des neuen Reichstags. Das neue Jugendgerichtsgesetz wird zweifellos die schon lange geforderte Erhöhung der Strafmündigkeitsgrenze vom zwölften auf das vollendete vierzehnte Lebensjahr bringen müssen, damit auf den noch zu rettenden Teil der Jugend nicht strafrechtlich, sondern erzieherisch eingewirkt werden kann. Im allgemeinen darf für den Jugendlichen die gerichtliche Bestrafung nur das letzte Mittel der Abwehr des Staates bilden, wenn alle erzieherischen Mittel sich als aussichtslos erwiesen haben. Die Jugendgerichte müssen daher das Recht erhalten, überall da statt Strafen Erziehungsmaßregeln anzuordnen, wo sie solche für ausreichend und erfolgversprechend halten. Den Jugendgerichten müssen daher durch das zu schaffende neue Gesetz weitgehende Rechte und Möglichkeiten in die Hand gegeben werden, um gegenüber der sittlichen Verdorbnis der Jugend nicht nur strafend, sondern vor allem vorbeugend und bessernd einzuwirken.

Zollschwindel in Tilsit. Einem einträglichen Schwindel ist man in Tilsit auf die Spur gekommen. Während die Memeler Geschäftsleute darüber klagen, daß die deutschen Eisenbahnbehörden an der Grenze der Warenein- und -ausfuhr aus Deutschland aus mangelhafter Kenntnis der Zollbestimmungen unerträgliche Schwierigkeiten bereiten, hat man jetzt entdeckt, daß ein Tilsiter Eisenbahnbeamter über einen großen Posten von abgestempelten Ausfuhrbewilligungen verfügte, die er gegen besondere Bezahlung ausstellte. Er will die Scheine von einem höheren Beamten der Eisenbahndirektion in Königsberg erhalten haben.

Wirtschaftspläne der interalliierten Kommission in Oberschlesien. Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß die interalliierte Kommission in Oppeln, nachdem sie eine Erhöhung einzelner Lebensmittelrationen, insbesondere von Mehl, Kartoffeln und Zucker, erreicht hat, sich jetzt mit dem Gedanken trage, die Zwangswirtschaft für Oberschlesien gänzlich aufzuheben. Dazu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß einige an der Aufhebung interessierte Kreise an die interalliierte Kommission herangetreten sind und ihr zu erwägen gegeben haben, ob es nicht ratsamer sei, die Zwangswirtschaft gänzlich aufzuheben. Die wirtschaftliche Abteilung der interalliierten Kommission hat daraufhin Erhebungen angestellt und auch mit Fachleuten Fühlung genommen. Sie ist aber zu der Ansicht gekommen, daß eine Aufhebung der Zwangswirtschaft gegenwärtig noch nicht ratsam ist und hat allen Anfragenden in diesem Sinne geantwortet.

Schieberei zwischen ehemaligen Militärpersonen auf Rügen. Wie verlautet, ist es zwischen den auf Rügen beschäftigten Torfarbeitern (ehemaligen Angehörigen des Rügenschen Landschutzes) und ihrem Führer, dem Leutnant Lübben, infolge Lohndifferenzen zu blutigen Streitigkeiten gekommen, wobei auf beiden Seiten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Dabei wurden fünf Personen verletzt, darunter eine so schwer, daß sie im Auto ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Führer der Leute mußte die Flucht ergreifen und wurde verfolgt. Bei der Verfolgung wurde noch ein Mann durch eine Kugel schwer verwundet. Zur Aufklärung der Angelegenheit herbeigeeilte Reichswehr hat im Walde ein größeres Waffen- und Munitionsdepot gefunden, das von Angehörigen des ehemaligen Landschutzes vergraben worden war.

Ausland.

Eine landwirtschaftliche Weltkonferenz unter Ausschluß Deutschlands.

Paris, 9. Juni. „Petit Parisien" meldet: Die augenblicklich unter dem Vorsitze Melines tagende landwirtschaftliche Konferenz hat den Beschluß gefaßt, Vertreter aller bisher in Kriegszustand mit der Entente befindlichen Länder außer Deutschland zu dem im nächsten Jahre stattfindenden Kongreß einzuladen.

Abschaffung der Fremdenpolizei in der Schweiz.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats hat einen Antrag angenommen, wonach die Fremdenpolizei in nächster Zeit abgeschafft werden wird. Der Abbau soll in der Weise erfolgen, daß zunächst die Paßformalitäten an der Schweizer Grenze vereinfacht werden und daß Ausländer, welche die Einreisebewilligung für befristeten Aufenthalt erhalten haben, sich im Inlande nicht mehr an- und abzumelden brauchen.

Schwierige Lage des italienischen Kabinetts.

Rom, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage des Kabinetts ist überaus schwierig. Nur wenige Zeitungen glauben, es werde Nitti gelingen, dem Ansturm zu widerstehen, der schon bei der morgigen Sitzung erfolgen wird. Die Sozialisten brachten eine Tagesordnung ein, in der die Kammer aufgefordert wird, die Regierungserklärungen überhaupt nicht anzuhören, da die Regierung die Brotpreise ohne Genehmigung der Kammer habe erhöhen wollen. Die Regierung habe dieses Dekret zwar schleunigst zurückgezogen, die Sozialisten beharren aber auf ihrem Beschluß und werden noch vor Abgabe der Regierungserklärung ein Votum über ihre Tagesordnung herbeiführen, dem sich zweifellos die ganze Rechte anschließen wird.

Der türkische Großwesir auf dem Wege nach Paris.

Nach einer Meldung des Konstantinopeler Korrespondenten der „Chicago Tribune" reist der Großwesir Damad Ferid Pascha im Laufe dieser Woche nach Paris. Der Zweck dieser Reise sei, in direkte Verhandlungen mit den Griechen einzutreten. Der griechische Ministerpräsident Venizelos wird nämlich morgen in Paris erwartet. Er soll auch nach London reisen, um Aufschlüsse über die Lage in Kleinasien zu geben.

Lloyd George reist nach Paris.

Paris, 9. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Dem „Temps" zufolge kommt Lloyd George am 20. d. Mts. nach Paris, um mit Millerand die Frage der deutschen Kriegsentschädigung zu besprechen.

Niederringung Irlands.

Die „Daily Mail" meldet: Innerhalb der beiden letzten Wochen sind sechs Kriegsschiffe mit über 15 000 Mann britischen Truppen nach Irland abgegangen. Weitere Truppensendungen sind unterwegs. Das Militär hat zunächst die südlichen und westlichen Grafschaften besetzt, wo die Rebellion weitere Fortschritte macht. Der Kriegsminister Churchill erklärte im Unterhaus, daß 15 kriegsstarke Tankgeschwader und 7 Fluggeschwader in Irland eingetroffen sind. Die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftsverbandes wird morgen in London zusammentreten, um die Haltung der irischen Arbeiter zu besprechen, die sich geweigert haben, Kriegsmaterial zu verladen.

Amerika erstrebt die Seeherrschaft.

Newyork, 8. Juni (Eig. Meldg.) Der Stahlindustrielle Schwab äußerte, daß das wirksamste Mittel, um den Frieden der Welt zu sichern, sei, den Vereinigten Staaten die Herrschaft über die Meere zu geben. Er fordert den Bau von Schlachtschiffen von 300 Meter Länge und einer Wasserverdrängung von 60 000 Tonnen, ausgerüstet mit 12 Geschützen von 400 Millimeter Kaliber und mit einer Schnelligkeit von 15 Kilometern mehr als die der „Lusitania", die den Schnelligkeitsrekord für die Durchquerung des Ozeans hatte. Solche Schiffe würden 50 Millionen Dollar kosten. Amerika sei reich genug, um sie herzustellen.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Donnerstag, den 10. Juni. Inhalt: Aus eigener Kraft. Roman von H. Abt. — Der Garten. Gedicht von P. E. — Die Kinder. Skizze von Else Kreffl. — Literatur.

Milliardenpläne der amerikanischen Kirche.

Das Ende des Sektenwesens.

Seit dem Kriege hat sich die Welt daran gewöhnt, mit großen Zahlen zu rechnen. Das geschieht heute in Amerika wenmmöglich in noch größerem Maßstabe als in der alten Welt. Aber jenseits des Ozeans sind es nicht allein die Staatsbehörden und Industriegesellschaften, die mit Riesensummen operieren; auch die zahlreichen kirchlichen Gemeinden folgen dem dort gegebenen Beispiel. Es gibt zurzeit in den Vereinigten Staaten 200 verschiedene protestantische Sekten, die über 100 000 Kirchen verfügen, so daß rund 500 Kirchen auf jede einzelne Sekte entfallen. Daß diese kirchliche Zersplitterung, vom Standpunkt der Verwaltung betrachtet, eine außerordentliche Vergeudung an Kraft und Geld bedeutet, bedarf nicht erst der Begründung. Die amerikanischen Kirchen streben deshalb gegenwärtig nach dem Beispiel der industriellen Interessengemeinschaften einen Zusammenschluß an, der in erster Linie zwar rein wirtschaftliche Interessen verfolgt, darüber hinaus aber die Gründung einer allgemeinen einheitlichen Kirchengemeinschaft als Endziel ins Auge faßt. Vorerst kommt es darauf an, für die großzügig gedachte finanzielle Transaktion die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Zu diesem Zweck ist bereits ein Zentralausschuß eingesetzt worden, der mit der Ausarbeitung eines Reorganisationsplanes und der Aufstellung von Richtlinien für den gemeinsamen Aufmarsch betraut worden ist. Alle amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften sind heute voll von Werbeinseraten für diesen Aufmarsch, auf den Straßen steht man überall dem gleichen Zweck dienende, mehr oder weniger künstlerisch ausgeführte Plakate; in den Kirchen sind die Predigten auf den gleichen Ton gestimmt, und in den Theatern und auf den öffentlichen Plätzen werden Reden gehalten, die alle in die Aufforderung ausklingen: „Tragt euer Scherflein zum Kirchenfonds bei".

Die fleißigen Propagandachefs des Organisationsausschusses haben beim Studium der Statistik neue Interessante Entdeckung gemacht, daß der amerikanische Bürger im Durchschnitt täglich einen Cent für die Kirche ausgibt, eine lächerlich kleine Summe, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es in den Vereinigten Staaten keinen Bürger gibt, der für das Essen am Tage weniger als durchschnittlich einen Dollar ausgibt. Aus diesem Mißverhältnis ergibt sich, heißt es, der Schluß, daß jeder zuts Yankee die Pflicht habe, sich mit Rücksicht auf sein Seelenheil eine freiwillige Steuer aufzuerlegen, die mithelfen soll, die für die Bildung einer einheitlichen Kirche nötige Summe von einer Milliarde Dollars innerhalb von drei Jahren zusammenzubringen. Die aufgebrachten Gelder sollen verschiedenen Zwecken dienen. Vor allem will man die Gehälter der Geistlichen aufbessern und ihnen die Wohltat einer Pension sichern. Dabei erfährt man die bemerkenswerte Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Geistlichen eine Entlohnung erhält, die den Betrag von 20 Dollars in der Woche nicht erreicht. Das ist annähernd die Hälfte des Wochengehaltes, den der niedrigste Tagelöhner für seine primitive Arbeit erhält. Außer der Gehalts- und Pensionsfrage denken die Kirchen an eine Menge von Dingen, die, wie Schulen, Krankenhäuser und andere wohltätige Einrichtungen nicht ausgesprochen religiöser Natur sind. Man will ferner die Missionstätigkeit in großem Umfang in Angriff nehmen. Die Kirchen gedenken nicht nur die Heidenmission intensiver als bisher zu betreiben, sie wollen dem Protestantismus auch in katholischen Ländern Anhänger werben, wobei sie im eigenen Hause den Anfang zu machen gedenken. Man versichert bei dieser Gelegenheit, daß die Gewinnung Mexikos für den Protestantismus das beste Mittel darstelle, um das unruhige Volk zu einer Musternation zu verwandeln und die dortigen politischen Vulkane ein für alle Mal zum Erlöschen zu bringen.

In dem einstimmigen Chor der Befürworter einer großzügigen protestantischen Missionstätigkeit ist nur eine einzige widersprechende Gegenstimme zu hören. Es ist die des Herausgebers einer presbyterianischen Monatsschrift, der seinen Glaubensgenossen dringend empfiehlt, die kirchlichen Dinge doch nicht ausschließlich unter dem einseitigen Gesichtswinkel des „business" zu betrachten, sondern sie lieber von einer höheren geistigen Warte aus ins Auge zu fassen. Nicht ganz mit Unrecht weist er darauf hin, daß die Kirche ein gutes Dutzend Dinge ungleich nötiger sei, als Geld. Mit scharfen Worten wendet er sich ferner gegen die Illusion, daß es nur der Milliarden bedürfe, um die Welt zur Gottesfurcht und zum Glauben zu bekehren, daß die Erfahrung vielmehr eher für das Gegenteil spreche. Aber der Mann wird wohl ein Prediger in der Wüste bleiben; denn die amerikanischen Kirchen stehen heute genau so im Banne des Milliardenfiebers, wie der Staat und seine Bürger. Nur die katholische Kirche Amerikas hält sich ableits dieser finanziellen Pläne, wie sie auch in der Alkoholfrage einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hatte. Aus dieser gegensätzlichen Stellung hat sich ein interessanter Konflikt ergeben, der in einem konzentrischen Angriff der protestantischen Streitkräfte gegen die Vorkämpfer der amerikanischen Kirche bereits jetzt nach außenhin zum Ausdruck kommt.

Neue Theaterdirektoren.

Generaldirektor Ludwig Zimmermann, der 18 Jahre lang die Direktion des Düsseldorfer Stadttheaters in künstlerisch, sozial und menschlich hervorragender Weise geführt hat, ist von seinem Pachtvertrag mit der Stadt zurückgetreten, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Der Grund für diesen, Eingeweihten nicht unerwarteten Entschluß ist in den gegenwärtig höchst unerquicklichen Verhältnissen zu suchen. Die städtische Verwaltung zeigt eine künstlerisch so verständnislose Haltung, daß alle, denen der Ruf des Düsseldorfer Stadttheaters am Herzen liegt, mit Besorgnis in die Zukunft blicken. Ueber den neuen Intendanten ist die Entscheidung noch nicht gefallen. Am aussichtsreichsten scheint die Kandidatur von Dr. Hans Maag, der sich als Leiter des Metzer Stadttheaters vor einigen Jahren einen guten Ruf verschaffte. — Gleichzeitig verlässt der langjährige Verwaltungsvorstand Artur Schetter das Theater, um einen Antrag eines großen Filmkonzerns unter günstigsten Bedingungen zuzusagen.

Hans Franck tritt am 1. Juli, mit Wiederbeginn der Direktion Dumont-Lindemann, aus dem Verband des Düsseldorfer Schauspielhauses aus. Damit geht auch die Herausgabe der „Masken", die er sechs Jahre lang mit kurzer Unterbrechung geführt hat, in andere Hände über.

Der Frankfurter Oberspielleiter Richard Weichert hat eine Berufung als Nachfolger Dr. Carl Hagemanns nach Mannheim erhalten. Weichert gehörte dem Frankfurter Schillertheater als Spielleiter an, bevor er an das Frankfurter städtische Schauspielhaus übersiedelte, an dem er erfolgreich wirkte.

Direktor Saltenburg vom Wallner-Theater in Berlin wird im Jahre 1921 neben dem Wallner-Theater auch noch das Lustspielhaus übernehmen. Direktor Victor Palfi, der die Berliner Kurfürstenoper, das jetzige Deutsche Künstlertheater, leitete und dann Direktor vom Hamburger Neuen Operettentheater wurde, wird in diesem Winter als Direktor nach Berlin zurückkehren. Es steht aber noch nicht fest, welches Berliner Theater er übernehmen wird. Das Theater im Landwehrkanal in Berlin in dem bisher nur Tanz- und Vortragsabende veranstaltet wurden, wird augenblicklich umgebaut, mit einer modernen Bühne versehen und soll in diesem Winter in neuer Gestalt eröffnet werden.

Der Oberregisseur Hartung in Frankfurt ist, wie die Frankf. Ztg. hört, von der hessischen Regierung aufgefordert worden, die Darmstädter Theaterverhältnisse zu studieren und ein Gutachten abzugeben.

Zum artistischen Direktor des Berner Stadttheaters wurde unter 140 Bewerbern Karl Ludwig Peppler gewählt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200609037/fragment/page=0002

Sport der „Saale-Zeitung".

Voraussagen für Karlshorst.

Donnerstag, den 10. Juni.

1. R.: Rheinpreußen — Freilauf. 2. R.: Irrtum — Der Schlesier. 3. R.: Neue — Quertreiber. 4. R.: Kitty — Mechow. 5. R.: Fustanella — Lallo. 6. R.: Durchbruch — Götterknabe. 7. R.: Wardar — Möve II.

*

Das Union-Rennen

ist in diesem Jahre zum 87. Male gelaufen worden. Die Sieger seit dem Jahre 1910 waren: 1910: Wandersmann (Graditz) mit Bullock. 1911: Mondschein (Graditz) mit Warne, 1912: Matterhorn (Graditz) mit Laue, 1913: Majestic (Oppenheim) mit Archibald, 1914: Ariel (Oppenheim) mit Archibald, 1915: Ladora (Haniel) mit Korb, 1916: Taucher (Schneider) mit Kasper, 1917: Ladora (Haniel) mit Kasper, 1918: Oribus (Rustemeyer) mit Olejnik, 1919: Ecktein (Haniel) mit Janek, 1920: Nubier (Oppenheim) mit Janek.

Leipziger Tennis-Turnier.

Der Leipziger Sportklub veranstaltet vom 24. Juni ab auf seinen Klubplätzen ein allgemeines Tennis-Turnier. Zum Austrag kommt die Herrenmeisterschaft von Sachsen sowie die Herren- und Damen-Meisterschaft von Leipzig, dazu Vorgabespiele. Meldeschluß am 21. d. M. bei P. Reisland, Leipzig-Gohlis, Lindenthaler Straße 9.

Hallescher Turn- und Sportverein, e. V. Das Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 12. Juni, in sämtlichen Räumen der „Saalschloßbrauerei" statt. Von 5 Uhr ab Gartenkonzert, von 7 Uhr ab Ball in beiden Sälen. Bei ungünstigem Wetter wird das Konzert im großen Saale abgehalten. Für Nichtkänger im Gastzimmer Künstlerkonzert.

Weltrekordleistung eines deutschen Schwimmers. Beim Wettschwimmen des Dessauer Schwimmklubs stellte der Rheinländer Skamper einen neuen Weltrekord im Rückenschwimmen auf, indem er die 100-Meter-Strecke in 1:19 zurücklegte, was zugleich auch einen neuen deutschen Rekord bedeutet (bisher 1:21). Im Seniorschwimmen über 100 Meter landete Skamper mit dem deutschen Meister Görges vom Magdeburger Schwimmklub 1896 im toten Rennen.

Vermischtes.

Ein heftiges Fernbeben verzeichneten die Apparate der Landessternwarte Heidelberg. Die Entfernung des Herdes beträgt ungefähr 10 000 Kilometer.

Feuergefecht zwischen Einbrechern und Polizei in Frankfurt am Main. Eine Polizeipatrouille überraschte fünf Einbrecher in der Markthalle. Es entwickelte sich ein Feuergefecht. Drei Einbrecher wurden verwundet und zwei sind entkommen.

Der erste deutsche Dampfer nach Südamerika. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft expediert am 12. Juni den Dampfer „Undine" von Hamburg direkt nach den deutschen Kolonien in Südamerika Paranagua, Desterro und Rio Grande do Sul, sowie in Durchfracht nach Porto Alegre und Pelotas. Undine, von der Firma Wachsmuth u. Kroamann gechartert, ist der erste deutsche Dampfer, der unter der schwarz-weiß-roten Flagge seit Kriegsbeginn wieder die Fahrt nach Brasilien antritt. Bisher hatte die H. S. D. G. Schiffe fremder Nationalität für ihre Rechnung im Südamerika-Dienst gechartert.

Die Preisstürze auf dem Pariser Markt sollen nach Ansicht von Sachverständigen hauptsächlich auf die guten Ernteaussichten zurückzuführen sein, die in Amerika bestehen. Das Sinken der Getreidepreise beeinflußt den ganzen Lebensmittelmarkt und wird bald den ganzen Verteilungsplan durchbrochen haben.

150 englische Flugzeuge verbrannt. Bei einem Brande in einer Fliegerschule in der Nähe von Sleaford (Lincolnshire) wurden nach einer Londoner Meldung etwa 150 Flugzeuge zerstört. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Pfund Sterling.

Kälte in Schweden. Ganz Schweden wird augenblicklich von einer für die jetzige Jahreszeit recht empfindlichen Kälte heimgesucht. Die Temperatur beträgt beispielsweise an mehreren Punkten Süd- und Mittelschwedens um 7 Uhr morgens 8 bis 9 Grad, an der Küste 10 Grad und an der norwegischen Grenze sogar nur 1 Grad. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß über Südschweden und den Ostseeprovinzen dauernd ein tiefer Luftdruck liegt.

Wegen der Beschädigung des Denkmals Kaiser Wilhelms I in Bonn, das vor mehreren Wochen von jungen Leuten mit roter Farbe bestrichen wurde, hat die Bonner Strafkammer zwei junge Leute ohne Parteizugehörigkeit und zwei Unabhängige, den Kaiserer und ein anderes Vorstandsmitglied der Partei, zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Wie sehr die Wohnungsnot im Saargebiet, hauptsächlich in Saarbrücken, durch die Inanspruchnahme von Wohnungen durch französische Stellen gesteigert wird, zeigen die Ausführungen des Architekten Nabis, die dieser in der letzten Sitzung des Wirtschaftsrates der Versammlung gab. 24 000 Haushaltungen vor dem Kriege stehen heute in Saarbrücken 26 000 Haushaltungen gegenüber. Zu diesen 2000 überschießenden Haushaltungen hat die französische Bergwerks- bzw. Grubenverwaltung 208 möblierte Zimmer, 33 Wohnungen und 9 nichtmöblierte Wohnungen in Besitz genommen. 30 ganze Wohnhäuser sind von ihr aufgekauft. 500 Wohnungen von 1 bis 9 Zimmern werden durch die französischen Behörden in Anspruch genommen. Es sind dies im ganzen 1800 Wohnräume.

„Speck." Ein Aufkäufer in Hamburg kaufte vor einigen Tagen von mehreren Leuten einige Kisten Speck für 7000 Mark, da die Probe gut ausgefallen war. Nach der Lieferung zeigte sich als Inhalt der Kisten leider nur Asche und kein Speck. Zwei inzwischen verhaftet gewesene Brüder waren unbeteiligt. Ein jetzt in Haft gelegter Schlachter gab an, daß der eigentliche Schwindler ein Kaufmann Gr. sei, den die Polizei jetzt sucht.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Wahlergebnis und Devisenabschwächung.

Den Sieg der Rechts- und Linksradikalen scheint das Ausland mit einer „Niederlage der Mark" beantworten zu wollen! Nachdem sich nämlich am Montag, angesichts des Wahlergebnisses im Devisenhandel große Zurückhaltung in der Geschäftstätigkeit gezeigt hatte, da man die Haltung der ausländischen Plätze abwarten wollte, ist es in den Vormittagsstunden am Dienstag zu einer allgemeinen Abschwächung des Markkurses im neutralen Ausland und im Zusammenhang damit zu einer Höherbewertung der Devisen in Berlin gekommen.

Das „B. T." schreibt dazu unter dem 8. Juni: Wie wir von sachmännischer Seite hören, zeigt sich seit den gestrigen Abendstunden größeres Angebot in Markvaluta an den neutralen Börsen, hauptsächlich in Amsterdam. Man führt die neuerliche Abschwächung unserer Valuta darauf zurück, daß das Ausland mit großen politischen Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Deutschland infolge der erheblichen Schwächung der bisherigen Regierungsmehrheit rechnet. Infolgedessen sind die Käufer für die deutsche Mark wesentlich spärlicher geworden, während auf der anderen Seite zur Abwickelung von Markengagements im Auslande und zu neuen Käufen der fremden Zahlungsmittel in Deutschland geschritten wird. In den heutigen Vormittagsstunden waren im freien Handel in Devisen diese in stärkerem Umfange gesucht. Es wurden bewertet (alles Geldkurse): England mit 165 (157½), Holland mit 1550 (1460), Schweiz mit 750—760 (727½), Frankreich mit 325 (312,50) und New York mit 42½ (40).

Für die Reisezeit.

Alle Leser der „Saale-Zeitung", welche die Zeitung während der Erholungstage ausserhalb lesen wollen, bitten wir hiermit, untenstehenden Schein mindestens

3 Tage vor der Abreise

in der Bezugsabteilung Neue Promenade 1a oder in der Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 52 abzugeben, damit die „Saale-Zeitung" pünktlich am Ankunftstage dort vorhanden ist.

Zur Vermeidung unnötigen Schriftverkehrs bitten wir, die Gebühren dafür bei Abgabe der Bestellung zu entrichten.

Reise-Bezug.

Vor- und Zuname:	
Stand oder Beruf:	
Wohnung in Halle:	
Nachsendung nach:	
Nähere auswärtige Anschrift: Strasse, Gasthof usw.	
Von wann ab?	
Bis wann?	
Soll die Zeitung in Halle in dieser Zeit auch geliefert werden?	
Besondere Wünsche:	

Gebühren:

Ueberweisungen: soweit postalisch zulässig, für jeden Monat oder einen Teil desselben mit Bestellgebühr . . . . . M. 1.—

Streifbandsendungen: für jede Woche . . M. 1.—

Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Deutsch-Luxemburg. Einer Nachricht aus Düsseldorf zufolge sind die Verhandlungen zwischen Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg so gut wie abgeschlossen. Die Veröffentlichung der Beschlüsse ist für nächste Zeit zu erwarten. Die beiden Gesellschaften werden eine Interessengemeinschaft eingehen mit dem wirtschaftlichen Zweck, die Kohlenbasis für Deutsch-Luxemburg zu verbreitern. Nach den in jüngster Zeit vorgenommenen Angliederungen kann der Kohlenbedarf von Deutsch-Luxemburg durch seine eigenen Zechen nicht gedeckt werden, wobei überdies zu berücksichtigen ist, daß nur etwa ein Drittel des Hüttenzechenkontingents vom Reichskohlenkommissar der Hütten freigegeben ist.

Deutsche Schachtbau-Aktiengesellschaft in Nordhausen. Den Abschluß für 1919 haben wir bereits wiedergegeben. Dem Geschäftsbericht zufolge waren die starken Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch den verlorenen Krieg und die Novemberumwälzung für die Schachtbauindustrie besonders nachteilig. Die gegen früher ungeheuer gestiegenen Anlagekosten, die traurige Verkehrslage, die Sozialisierungsbestrebungen, die Arbeiterwohnungsfrage und die ständige politische Beunruhigung schreckten vor dem Bau neuer Schächte zurück. Aufträge konnten infolgedessen nicht hereingeholt werden. Die genannten Gründe in Verbindung mit der sich ständig verschärfenden Kohlennot verhinderten auch die Wiederaufnahme der während des Krieges stillgelegten Schachtbauten. In letzter Zeit mehren sich jedoch die Anfragen auf Niederbringung neuer Schächte, namentlich Kohlenschächte. Angesichts der stark gesunkenen Kohlenförderung, der jahrelangen Zwangslieferungen an den Feindbund und des Verlustes des Saarbeckens dürfte die Inangriffnahme neuer Kohlenschächte in absehbarer Zeit zu erwarten sein und damit die Aussichten der Schachtbauindustrie sich bessern. In der Maschinenfabrik wurde nach Umstellung des Betriebes auf Friedenserzeugnisse, wozu umfangreiche Arbeiten notwendig waren, in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres die Reparatur von Staatsbahnlokomotiven aufgenommen. Gegen Jahresende war die Fabrik mit diesen Arbeiten voll beschäftigt. Nach der Bilanz stellen sich Debitoren und Bankguthaben auf 3 634 962 (3 912 941) Mk. Ferner betragen: Materialien 137 650 (166 614) Mk., Wertpapiere 960 490 (959 589) Mk. Kreditoren hatten demgegenüber 913 458 (211 069) Mk. zu fordern.

Die Mitteldeutsche Privatbank errichtet in Bitterfeld eine Zweigniederlassung.

Rhein- und See-Schiffahrts-Gesellschaft in Köln. Die Gesellschaft beantragt die Verteilung von 8 Prozent (wie im Vorj.).

Gewaltige Preissteigerung der Saarkohle. Die französische Verwaltung der Saargruben hat mit sofortiger Wirkung eine gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise eintreten lassen. Nußkohle erste Sorte kostet von jetzt ab pro Tonne 262 M. gegen 180 M. bisher, Koks 373 M. gegen 171 M. bisher. Förderkohle 179 M. gegen 105 M. bisher. Die Preiserhöhung dürfte mit dem völligen Uebergang des Betriebes an Frankreich zusammenhängen.

Die Abschwächung auf dem Schrottmarkt hat in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. Bei starker Zurückhaltung der Verbraucher haben die Preise weiter nachgegeben; während vor kurzem für Kernschrott noch etwa 900 bis 1000 M. pro Tonne erzielt wurden, sind die Preise jetzt auf 600 bis 700 M. zurückgegangen.

Fahrzeugfabrik Düsseldorf A.-G. Der Aufsichtsrat wird der zum 26. Juni einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. (i. V. 7 Proz.) vorschlagen.

Eine Millionengründung für den rumänischen Außenhandel. Mit einem Aktienkapital von 40 Millionen Lei wurde in Bukarest eine französisch-englisch-amerikanische Aktiengesellschaft unter dem Namen Societatea Franco-Anglo-Americana gegründet, deren Zweck die Wareneinfuhr und Warenausfuhr in Rumänien, die Finanzierung und Gründung von Industriegesellschaften und die Durchführung von Fluß- und Seetransporten bildet. Die Gesellschaft plant, die gesamte Kaffee- und Zuckereinfuhr Rumäniens aus Haiti zu monopolisieren.

Letzte Depeschen.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

B. Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Schwierigkeiten der Kabinettbildung halten dauernd an, da die Sozialdemokraten auch weiterhin erklärten, sich an der neuen Regierung nur dann beteiligen zu können, wenn die Unabhängigen eine ihrer Stärke entsprechende Verantwortung übernehmen. Da ferner eine rein sozialistische Regierung ohne Beteiligung bürgerlicher Parteien nach dem parlamentarischen Grundsatz unmöglich ist, denn die Sozialdemokraten verfügen im Reichstag nicht über die Mehrheit, so bliebe nur eine reinbürgerliche Regierung übrig, für die aber nirgends Neigung besteht, weil keine Partei, auch nicht die Deutschnationalen, gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien regieren zu können glaubt. In der verworrenen Lage ist nun in führenden politischen Kreisen der Gedanke eines koalierten Wirtschaftskabinetts aufgetaucht, nicht einer Beamtenregierung, sondern einer Regierung, die aus Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen, der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zusammengesetzt werden soll, ohne besondere Rücksichtnahme auf politische Parteizugehörigkeit, aus der Erwägung heraus, daß die wirtschaftlichen Hauptaufgaben im Augenblick dringlicher seien als die politischen. Es würde damit im Kabinett der Gedanke zum Ausdruck kommen, der dem Reichswirtschaftsrat und ähnlichen Plänen zugrunde liegt. Im übrigen besteht, wie die „B. Z." meldet, bei allen bürgerlichen Parteien die Absicht, nur tüchtige Fachmänner in die Regierung zu entsenden.

England und Sowjetrußland.

Haag, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Daily Expreß" will wissen, daß die Sowjetregierung über einen Goldvorrat von annähernd 1200 Millionen Rubel verfügt, der sich zum Teil aus den französischen Sparmetallen zusammensetze. Das Blatt betont, die außerordentliche Wichtigkeit für England, einen Teil dieses russischen Goldschatzes nach England zu leiten, da dadurch Großbritannien unabhängig von Amerika würde und auch die Vermehrung des englischen Goldschatzes die Weltmarktpreise senken würde.

Dauerwäsche (abwaschbar)
Kragen, Manschetten und Vorhemden
empfiehlt in höchster Leinenimitation
C. Klappenbach, Grosse Ulrichstraße 41.
Reparaturen und Auffrischen schnellstens.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G m b H, Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

In der **Rekonvaleszenz,** nach **erschöpfenden Krankheiten** und **Blutverlusten** sind **LECIFERRIN-TABLETTEN** speziell geeignet, die **Kräfte** wieder zu heben, das **Blut** zu **ersetzen** und **neue Lebenskraft** zu schaffen. Von Aerzten und vielen Tausenden empfohlen. Preis Mk. 6.— in Apotheken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200609037/fragment/page=0003

B. B.B.

Beth's Bunte Bühne

Täglich das grosse Schlagerprogramm

mit Albert Petzschner, Les Seranos
Maria Carmen, Walter Richard
und den übrigen vorzüglichen Kräften.
— Eintritt Wochentags 2 Mk. einschl. Steuer. —

Thalia-Säle

Morgen Donnerstag Abend 6 Uhr
im oberen Saale
A71 5

vornehmer Ball

Thüringer Waldkurheim

Friedrichroda
gute Verpflegung u. Preise
Dr. Ads (nr. Nervöse u. Frohlomsbedürftige.)
Illustr. Prosp. frei. Alles hier durch allen narrisch. Kybrauch. Auch Spa-Pat. Dr. Ads.

Friedrichroda Thüringer Wald 430—710 m ü. M.
Beliebt. Sommer- u. Winterkurort Thüringens m. Schloss u. Park Reinhardsbrunn. Alle hygien. Einrichtungen. Voll. Kurbetrieb. Prospekt: Städtische Kurverwaltung.

Diätet. Kuren Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Große Erfolge in chron. Krankh.
Billige Zweiganst.—Prosp. frei.

Sonder-Angebot in Rauchtabak.

Prima mollige Ware, trocken u. gut gesäftet, versteuert und paketiert, in 50, 100, 250 und 500 Gramm-Packungen, per Zentner 2500 M. Ebenfalls Grob- und Feinschnitt zu billigsten Preisen. Probepakete gern zu Diensten. Zugelassen zum Großhandel.

Karl Seyfarth, Zwickau, Jakobstr. 12.

Optische Waren
preiswert und gut, empfiehlt
Otto Unbekannt
1 a Gr. Ulrichstrasse 1a. V16364

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen
Ankerwicklungen
Kollektorenbau
Rast.
Geisstrasse 23.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, welcher auch veraltet Ausfluß, Stellung in kurz. Zeit ohne Hd. entzieht u. schärf. Einspritzungen. Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber u. schmerzh. Einspritzungen. Mannesschwäche, sowie nervös. Aus ohne Berufsstörung. Über jeden der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossener Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer-Str. 123 B. Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Ankerlin
„der gute Schuhcrem"
ist in **Friedensqualität** wieder überall zu haben.
Fabrik
Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
General-Vertretung für Halle a. S.:
Richard Reitus, Wilhelmstrasse 21, II.

Geschlechtsleiden!
veralt. und chronische. Weißfluß, Pollutionen Menneschwäche anden nachweislich dauernde Heilung ohne Quecksilber, o. Einspritzung, o. Berufsstörung d. unschädliche Kräuterkuren. Aufklär. Brosch. nach Dr. med. Hermann mit vielen Dankschreiben versendet diskret gegen Einsendung von 1 Mark
M. A. Timm, Hannover, Münzstraße 6.

Offene Stellen
Für Vermittlung von Aufträgen in Sprengstoffen gegen Vergütung von Provision wird ein
Vertreter
gesucht. Herren mit guten Beziehungen zu Bergwerkskreisen, bevorzugt chemalige Grubenbeamte, wollen Offerte unter T. 1085 an Ala-Haasenstein & Vogler, Hannover richten.

Mietsgesuche
Ja. Ehepaar sucht per 1. 8. 1920, evtl. später
1 möbliertes Wohnzimmer,
1 möbliertes Schlafzimmer
mit Küchenbenutzung. Angebote an
Müller & Bodenbender, Jägerplatz 13, p

Halle-Berlin.
Suche in Halle möglichst bald oder 1. Okt.
3-Zimmer-Wohnung
mit Bad u. elektr. Licht im Zentrum der Stadt, gegen 3-Zimmerwohnung in Berlin in reiner Lage. Schriftl. Angebote erbitte: Hans Wilcke, Halle, Sophienstr. 26 b. Krause.

Zu verkaufen
2 Spiegel mit Konsole, Auflegematratzen aus gut. Drell und ein Klavier preiswert zu verkaufen.
Hermann Müller, Langestraße 23.

Ganze Damen od. Herrenmäntel
liefert zum Zeichnen von Wäsche usw. mehrere rote Schrift zu mäßigem Bande H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Infolge Umstellung des Betriebes ist eine größere Anzahl von
Revolverdrehbänken
zu verkaufen.
Die Bänke sind teils mit mechanischem, teils mit handbetriebenem Revolverkopf, zum Teil mit Abstechsupport versehen. Spitzenhöhe 100—150 mm, Stablänge 550—650 mm mit 4—8 Werkzeugen, zum Teil mit Mehrfachdrehstahl von 25—45 mm, im Gewicht von 175—690 kg.
Die Maschinen können jederzeit in unserem Lager in Radeberg besichtigt werden.
Sachsenwerk Radeberg
(Sachsen).

Kaufgesuche
Hausgrundstück,
mit Toreinfahrt, Hofraum, Waschküche u. Heuboden, sowie Garten in gutem Zustande zu kaufen gesucht. Wohnungstausch Bedingung. Offerten an
Fa. Joh. Schaal, Merseburger Straße 45.

Konfektionskassen Rationa kaufe gegen Barzahlung. Nummer und Preisangabe erbeten. Ernst Breitschuch, Leipzig-Gohlis, Menckestr. 32.

Geldverkehr
35000 Mark
per 1. Juli cr. hypothekarisch von Selbstdarlehner auszuleihen. Offerten unter S. Z. 35 hauptpostlagernd erbeten.

Vermischtes
Haltbare gute
Schuhsenkel
empfiehlt
Schneider Nchf., Gr. Steinstr. 83

Thüringen.
Erholungsbedürftige Dame mit 11jährigen Knaben sucht im Juli in ruhigem, ländlich gelegenen Ort Thüringens preiswerte Pension bei guter Verpflegung. Angebote unter M. 3546 an die Exped. dieser Zeitung.

Draesels Flechtensalbe
bei Bartflechte, sowie Flechten und Hautausschläge aller Art, Mitesser.
W. K. Ermsleben schreibt am 9. 6. 19. Draesels Flechtensalbe hat mir bei meinem Hautausschlag geholfen.
F. H. Hermsdorf schreibt am 20. 10. 19. Sage hiermit meinen besten Dank, habe meinen Hautausschlag durch eine Büchse verloren.
E. R., Neuhadensleben, schreibt am 10. 10. 19. Habe mich nur einigemal m. Draesels Flechtensalbe eingerieben und hat bis jetzt kein Gut geholfen. Dose Mk 6.—, Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 320

Alpakka-Bestecke
in reicher Auswahl
empfiehlt billig
Alfred Otto,
Spezial-Vertrieb.
Lerchenfeldstr 3, II.

Zum Einmachen
luftdicht gelötzte
Blechdosen.
G. Brose,
Gr. Sandberg 8.

Junge Lehrerin
f. m. d. gr. Ferien tägl. unentgeltliche Aufnahme a. d. Lande erg. Gefl. u. einzel. Privatunterricht. Gefl. Angeb. e. d. an Frau Kaufmann M. Starke, Cannawurf, b. Heldrungen i. Thür.

Wir richten Sonntagsbeilagen, Hebung, ohne Betriebskapital.
Versand-Filiale
ein Auftrag genügt. Porto.
J. Grünhut, Leipzig, Oberhaustr. 5a.

Spielkarten
für Skat, Whist, Doppelkopf usw.
Grosse
J. Zoebisch, Steinstr. 82.

Einspänner
leichte Fuhren werden angenommen, auch per Dreschke zu allen Gelegenheiten.
Billige Preise.
Breitestraße 6.
Telephon 4377.

Holzträger 9.—1.20 M. an
— Sehr große Auswahl. —
H. Schmidt Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fundsachen-Verkauf.
Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12. d. Mts., von 8.30 Uhr vorm., an findet in unserem Fundbureau, hier, Thielenstraße 1, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt. An beiden Tagen kommen zwischen 11 u. 12 Uhr vorm. mehrere photographische Apparate zum Verkauf.

Eisenbahndirektion.

In das hiesige Handelsregister Abt. B ist heute unter Nr. 437 die **Reichstreuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Zweigstelle Halle a. S. unter der Firma „Reichstreuhandgesellschaft Aktiengesellschaft betriebenen Zweigniederlassung Halle a. S.** eingetragen. Gegenstand des Unternehmens: 1. Verwaltung und Verwertung von Vermögensmassen für fremde Rechnung; 2. Abwicklung von Handelsgeschäften im Auftrage und für Rechnung Dritter; 3. Übernahme des Amtes als Treuhänder sowie die Ausstellung oder Bescheinigungen von Zertifikaten, Quittungen oder Lagerhausscheinen an Stelle hinterlegter Waren oder Wertpapiere; 4. Vertretung dritter hinsichtlich der Ausübung des Stimmrechts und des Dividendenscheines zur Vorbereitung von Wertpapierumschreibungen sowie zur Durchführung sonstiger Transaktionen aus den gesetzlichen Bestimmungen. Übernahme oder Überwachung von Wertpapiertilgungs- und Auslosungsdiensten, Interessenvertretung von Gläubigerschutzvereinigungen in Staaten Bevollmächtigte Gesellschaften und Korporationen; 5. Übernahme bezeichnender oder vorübergehender Ueberwachungs- und Revisionsaufträgen, insbesondere Prüfung von Bilanzen, Rechnungen und Bilanzen für Behörden und Private sowie Übernahme der Kontrollstelle von Gesellschaften und verwandter Aufgaben. Geschäftsführer sind mit dieser Tätigkeit in Zusammenhang stehenden Geschäfte und Funktionen unter strenster Verwaltung von Wert- und Finanzgeschäften für eigene Rechnung. Geschäfte für eigene Rechnung sind nur statthaft, soweit sie im Interesse der Durchführung der vorstehend gekennzeichneten Aufgaben liegen oder sich zur Deckung eigener Forderungen als notwendig erweisen. Nicht gestattet ist insbesondere Akceptierung von Wechseln und Gewährung von Bankkrediten. Die Gesellschaft kann sich zur Durchführung ihrer Aufgaben bei anderen Unternehmen beteiligen, deren Aufsichtsrat gem. § 2 der Satzung nicht zuverständig. Das Grundkapital beträgt 2000000 Mark. Vorstand ist der Generaldirektor Dr. Wilhelm Bäßkes in Charlottenburg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Januar 1920 festgestellt. Nach ihm wird die Gesellschaft vertreten, falls der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, von dem Vorstandsmitglied selbstständig, das hierzu ermächtigt ist oder gemeinschaftlich von zwei Vorstandsmitgliedern oder von einem Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Stellvertreter haben dieselben Rechte wie die ordentlichen Vorstandsmitglieder. Zum Vorstand ist allein ernannt Generaldirektor Dr. Wilhelm Bäßkes in Charlottenburg. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das Grundkapital zerfällt in 20000 Stück je auf den Namen und über 1000 Mk. lautende Aktien, zum Nennbetrage ausgegeben werden, sie können nur mit Genehmigung der Gesellschaft übertragen werden; die Genehmigung erteilt der Aufsichtsrat. Der Vorstand besteht nach Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern, ernannt und abberufen werden sie von dem Aufsichtsrat unter Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Aufsichtsratsmitglieder. Den ersten Vorstand ernennt die erste Aktionärversammlung; ernannt werden können auch Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern; der Aufsichtsrat ist berechtigt, wenn mehrere Vorstandsmitglieder vorhanden sind, einem oder mehreren die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft rechtsverbindlich zu vertreten. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen werden in den Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger einzurichten, einmal, wenn nicht eine Wiederholung durch Gesetz vorgeschrieben ist; die des Aufsichtsrats tragen die Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters. Die Aktiengesellschaft wird durch Bekanntmachung in dem Deutschen Reichsanzeiger einberufen. Die Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: 1. der Reichsfiskus in Berlin, vertreten durch den Reichsschatzminister und dieser vertreten laut Vollmacht durch den Amtsrat **Ernst Schaumburg** in Berlin; 2. der Königliche Fiskus, vertreten durch den Finanzminister und dieser vertreten, laut Vollmacht durch den Geheimen Oberfinanzrat **Fritz Letter, in Berlin-Schöneberg**; 3. Sächsischer Fiskus in Dresden vertreten durch das Sächsische Finanzministerium und dieses vertreten laut Vollmacht durch den Beamten des Reichsvermittungsamtes, Kaufmann **Gustav Hagemann in Berlin-Friedenau**; 4. Bayerischer Fiskus in München, vertreten durch das Staatsministerium der Finanzen und das Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe und die vertreten laut Vollmacht durch den Oberregierungsrat Dr. **Josef Kunz in Berlin-Pankwitz**, 5. der Verein in Berlin in Firma: Zentralverband des Deutschen Drogenhandels, vertreten durch den Präsidenten, Geheimen Kommerzienrat **Louis Raviné in Berlin** und das geschäftsführende Vorstandsmitglied **Otto Reinsch in Berlin**. 6. die Gesellschaft in Hamburg in Firma: Vereinsgesellschaft deutscher Nahrungsmittel mit beschränkter Haftung, vertreten durch die Geschäftsführer Kaufmann **Heinrich Friedrich in Hamburg** und **Hugo Wittheim Bäßlein in Hamburg**, diese vertreten laut Vollmacht durch den genannten Hugo Bäßlein und dieser vertreten laut Vollmacht durch den Beigeordneten des Deutschen Städtetages **Dr. Paul May in Berlin**, 8. der Verein in Hannover mit dem Namen: Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag e. V. eingetragener Verein, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Obermeister **Harry Plate in Hannover** und **Dr. Hans Meusch**, Generalsekretär in Hannover, und diese vertreten laut Vollmacht durch Kaufm. **Emil Oberle in Berlin-Halensee**, 9. **Dr. Friedrich Ramhorst in Berlin**, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 10. die Gesellschaft in Berlin in Firma: Maschinen- und Geräte Beschaffungsstelle für die Landwirtschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vertreten durch die Prokuristen **Hans Hübner in Berlin** und **Rudolf Heisig in Berlin** und diese vertreten laut Vollmacht durch den Geschäftsführer **Friedr. Runde in Berlin-Südende**. 11. der Verein in Berlin mit Namen: Verband der preußischen Landkreise, eingetragener Verein, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Landrat **Adolf v. Achenbach in Berlin** und **Joachim von Bredow in Berlin** und diese vertreten laut Vollmacht durch Kaufm. **Siegfried von Brösen in Zimargerde**. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Mitinhaberdirektor **Emil Kaufm. in Berlin-Schöneberg**, 2. Geheimer Regierungsrat **Richard Damm in Berlin-Wilmersdorf**, 3. Geheimer Regierungsrat **Simon Reimer in Berlin**, 4. Regierungsrat **Carl Lindenberg in Charlottenburg**, 4. Ministerialdirektor **Gustav Roemer in Charlottenburg**, 6. Ministerialdirektor **Graf Hans von Holtzendorff in Charlottenburg**, 7. Regierungsrat **Ernst Volkmann in Berlin**, 8. Kaufmann **Benno Eisenführ in Berlin-Schöneberg**, 9. Kaufmann **Hugo Bäßlein in Hamburg**, 10. Stadtrat **Carl Augustin in Charlottenburg**, 11. Justizrat Professor **Hans Kraeger in Charlottenburg**, 12. Landesökonomierat **Otto Rabe in Rake a. Saale**, 13. Geheimer Kommerzienrat **Felix Deutsch in Charlottenburg**, 14. Landrat **Max von Bahrfeldt in Berlin**, **Emil Kaufmann** als Vorsitzender, **Richard Damm** als stellvertretender Vorsitzender. Von den mit der Anmeldung der Zweigstelle der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken kann bei den unterzeichneten Gerichte Einsicht genommen werden.

Halle a. S., den 5. Juni 1920.
Das Amtsgericht Abt. 19.

In das Handelsregister Abt. B. Nr. 393, ist bei der **Kalisch. Tons u. Kaolinwerken. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lettin** heute eingetragen: Die Prokura des **Fritz Stief** ist erloschen.

Halle a. S., d. 5. Juni 1920
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das hiesige Handelsregister Abt. B. Nr. 343, ist bei der **Thüringischen Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Halle in Halle a. S.** heute eingetragen: Die **Zweigniederlassung** ist aufgehoben.

Halle a. S. d. 5 Juni 1920
Das Amtsgericht, Abt. 19

In das hiesige Handelsregister Abt. A. Nr 2486 ist bei der Firma **Simon Sachs Nachfolger, mit Sitz in Halle, Zweigniederlassung in Halle**, heute eingetragen: Die hiesige Zweigniederlassung ist zur Hauptniederlassung erhoben worden. Die bisherige Hauptniederlassung in Mährischstadt ist aufgehoben. Die Prokura der **Käthe Sachs** ist erloschen.

Halle a. S., d. 5. Juni 1920
Das Amtsgericht, Abt. 19.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 10. Juni, Abds. 7½, Ed g. 11 Uhr:
Die Afrikanerin.
Freitag:
Erstaufführung:
Die Bürger von Calais.

Mozartsaal.
Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Drama der Jugend IV.
Vortrag:
Privatdozent Dr. Liepe.
Wesen und Ziele des expressionistischen Dramas.

Peter Roseggerfeier
in der
Paulusgemeinde.
Donnerstag, 10. Juni abds. pünktlich 8 Uhr, Gemeindehaus, Hohenzollernstr. 12. Weihevolle Musik. Vorträge aus den Werken des großen Volksdichters.
Eintritt 50 Pf. zur Deckung der Unkosten. Weitere Kreise aus der Stadt willkommen. A. v. Broecker.

Apollo-Theater 8 Uhr. Heute u. folg. Tage:
Der fidele Gauner.
Eine Spitzbubengeschichte in 3 Akt. v. M. Neumann.
Mit **Paul Beckers** in der Titelrolle.

Angebot:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen,
grösste Auswahl in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Alb. Martick Nachf.
Inh. Rich. Ziemer,
Halle a. S., Alt. Markt 2.

Bad Salzbrunn
Schlesien
Katarrhe-Asthma-Nieren
der Atmungs- u. Verdauungsorgane **Emphysem** **Grippefolgen** u. Blasenleiden
Gicht **Zucker**
Prospekte durch die Fürstliche Badedirektion.

Werschen-Weissenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft in Halle.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet

Montag, den 5. Juli d. Js., mittags 12 Uhr,
im Hotel „Stadt Hamburg" in Halle
statt, wozu die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie der Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1919/1920.
2. Genehmigung der Bilanz, sowie Verteilung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat etc.
5. Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von M. 7000000 auf den Inhaber lautenden Aktien. Feststellung der Ausgabe- und Bezugs-Bedingungen für diese.
6. Änderung des § 3 des Gesellschaftsvertrages entsprechend dem Beschluss zu Ziffer 5.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Aktionär berechtigt. Um in der Generalversammlung zu stimmen oder Anträge zu stellen, müssen die Aktionäre spätestens am Freitag, den 2. Juli 1920 bis 3 Uhr nachmittags entweder bei der Kasse der Gesellschaft in Halle, Prinzenstr. 16 oder bei einer der nachbezeichneten Banken nämlich:

Dresdner Bank in Berlin,
Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin,
Bass & Herz in Frankfurt a. Main,
Reinhold Steckner in Halle,
Kühne & Ernesti in Zeitz,

a) ein doppelt ausgefertigtes, arithmetisch geordnetes Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien einreichen,
b) ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassenvereins

hinterlegen und bis zur Beendigung der Generalversammlung dort belassen.

Geschäftsberichte können in den Geschäftsräumen der Gesellschaft vom 21 Juni d. Js. ab in Empfang genommen werden.

Halle, den 7. Juni 1920.
Der Aufsichtsrat.
Geheimer Rat Dr. Beutler, Vorsitzender.

Wegelin & Hübner,
Maschinenfabrik u. Eisengiesserei, Akt.-Ges., Halle a. d. S.

Die außerordentliche **General-Versammlung** der Wegelin & Hübner, Akt.-Ges., vom 7. Juni cr. hat beschlossen, das Grundkapital von

3850000 auf 6000000 Mark

durch Ausgabe von 2150 Stück Inhaber-Aktien über je 1000 Mark zu erhöhen, welche an der vollen Dividende für das Geschäftsjahr 1920 teilnehmen.

Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Wir haben die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, davon 1925 Stück den Besitzern der alten Aktien zum Kurse von 115 % = 1150 Mark pro Aktie derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. 2300 Mark alte Aktien nom. 1000 Mark neue Aktien bezogen werden können.

Wir bieten den Aktionären der Gesellschaft unter Vorbehalt der gerichtlichen Eintragung der Kapitalerhöhung das Bezugsrecht auf die neuen Aktien an und fordern sie demgemäß auf, dieses Bezugsrecht wie folgt auszuüben:

Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 12. bis 26. Juni einschließlich beim

Halleschen Bankverein v. Kulisch, Kaempf & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien in Halle a. S.

während der üblichen Geschäftsstunden auszuüben.

Bei der Anmeldung sind die Aktien, für welche das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein einzureichen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, werden abgestempelt und baldmöglichst zurückgegeben.

Der Bezugspreis von 115 % = 1150 Mark pro Aktie ist zuzüglich Schlußscheinstempel bei der Anmeldung bar einzuzahlen.

Ueber die geleistete Einzahlung erhält der Zeichner eine Quittung.

Wir übernehmen die Vermittlung für den An- und Verkauf von Bezugsrechten.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt demnächst an unserer Kasse gegen Rückgabe der Kassenquittungen.

Die Einführung der jungen Aktien an der Berliner Börse wird baldigst beantragt.

Halle a. d. S., den 9. Juni 1920.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200609037/fragment/page=0004